

## Presserohstoff:

Dieser Presserohstoff fasst die Ergebnisse der Studien zusammen, die im Rahmen des Integrationsberichtes 1999 erarbeitet wurden und ergänzt die Angaben im Pressemitteilung. Zunächst werden die gemeinsamen Ergebnisse worüber die beteiligten Institute einig sind, und anschließend die Resultate der einzelnen Studien vorgestellt. Daraus folgt folgendes Inhaltsverzeichnis:

### I.) Gemeinsame Stellungnahme der Institute

„Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Integrationsstudien“,  
BWA, Bern. .... 2

### II.) Beurteilung der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

„Integration und Arbeitsmarkt: Auswirkungen einer Annäherung der  
Schweiz an die Europäische Union“,  
Prof. Straubhaar, Universität der Bundeswehr Hamburg. .... 4

### III.) Beurteilung der langfristigen Auswirkungen aufgrund der Gleichgewichtsmodelle

„Langfristige Auswirkungen der Integration der Schweiz in Europa“  
Dr. Tobias Müller und Dr. Jean-Marie Grether,  
Laboratoire d'économie appliquée, Université de Genève ..... 6

„EU-Integration der Schweiz - wirtschaftliche Auswirkungen“,  
Dr. André Müller und Herr Renger van Niewkoop, ECOPLAN, Bern ..... 10

### IV.) Beurteilung der kurzfristigen Auswirkungen aufgrund der makroökonomischen Strukturmodelle

„Makroökonomische Auswirkungen eines EU-Beitritts der Schweiz“  
Dr. Jürg Bärlocher, Dr. Bernd Schips und Dr. Peter Stalder,  
Konjunkturforschungsstelle, ETHZ, Zürich ..... 14

„Alternative EU-Integrations-szenarien der Schweiz,  
wirtschaftliche Auswirkungen gemäss dem BAK-Makromodell“  
Dr Stephan Vaterlaus, Frau Margit Himmel, Dr. Christoph Koellreuter und  
Dr. Banu Simmons-Süer, BAK Konjunkturforschung Basel AG, Basel ..... 18

# I.) **Gemeinsame Stellungnahme der Institute**

## Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Integrationsstudien

Ueber die nachstehenden Aussagen herrscht Konsens unter den beauftragten Instituten

### A. **Bilaterale Verhandlungen**

1. Die Einführung der Personenfreizügigkeit wird nur zu einer begrenzten Zahl von Einwanderern führen; wobei innerhalb Europas vor allem qualifizierte Arbeitskräfte in einem andern Land tätig werden.
2. Entsprechend wird es zu keiner Erhöhung der Arbeitslosigkeit kommen; vielmehr wird sich das Funktionieren des Arbeitsmarktes verbessern.
3. Dies heisst allerdings, dass in einer ersten Phase die Löhne gewisser gesuchter Berufsleute unter Druck kommen können; diese Berufsleute erhalten dafür die Möglichkeit, ihre berufliche Karriere durch Auslandsaufenthalte anzureichern.
4. Längerfristig geht vom Personenfreizügigkeitsabkommen kein Druck auf die Löhne aus; die Lohn disparitäten könnten sich je nach Qualifikation der Zuwanderer sogar verringern.
5. Auf das Wirtschaftswachstum wirken sich die bilateralen Verträge vom ersten Jahr an positiv aus; neben der Personenfreizügigkeit trägt vor allem das Transportabkommen zu einem höheren pro-Kopf-Einkommen bei.

### B. **EU-Beitritt**

1. Ein EU-Beitritt ist mit einem weitreichenden Strukturwandel verbunden (Fiskalpolitik, Landwirtschaft, Immobiliensektor). Entsprechend verursacht er während mehrerer Jahre erhebliche Anpassungskosten.
2. Die Anpassungskosten lassen sich tief halten, wenn die Mehrwertsteuererhöhung auf 15%, namentlich aber die Beitragszahlungen an die EU gestaffelt angehoben werden. Während der geforderte Umbau des Steuersystems langfristig eher günstig wirkt, schmälert der Nettotransfer an die EU (der aber Gegenstand der Verhandlungen sein wird) den wirtschaftlichen Vorteil eines EU-Beitritts auch langfristig in signifikanter Weise.
3. Die Vorteile eines Beitritts liegen in einem Wegfall der Grenzen, dies sowohl in einem wörtlichen, wie auch in einem weiter gefassten Sinn. Zum Wegfall der Kosten wegen der Zollkontrollen und wegen nicht-tarifischer Handelshemmnisse treten die bessere Preistransparenz, die Erhöhung der Zahl der Konkurrenten und weitere Faktoren hinzu, welche wiederum eine intensivere Handelsverflechtung,

rationellere Produktionsweisen und günstigere Preise für den Konsumenten bewirken.

4. Mit Ausnahme der BAK, meinen die Instituten, dass der Eintritt in die Währungsunion langfristig wirtschaftlich von Vorteil ist. Der Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken, die Unsicherheit wegen des Wechselkurses und die Kosten aus der Verwendung einer zweiten Währung in der Schweiz entfallen. Die verbesserte Preistransparenz stimuliert den Wettbewerb. Im Uebergang verursacht die Zinsanpassung allerdings erhebliche Anpassungskosten. Die Zinsangleichung belastet auch langfristig die Investitionen in der Schweiz, wobei mehr an den Wohnungsbau als an industrielle Investitionen zu denken ist. Der Eintrittszeitpunkt in die EWU (der auch Gegenstand der Verhandlungen sein wird) will gut gewählt sein.
5. Ein Beitritt der Schweiz auf die EU wirkt sich auch auf die EU selbst günstig aus. Hauptnutznießer bleibt aber die Schweiz selber. Auch zu diesem Punkt vermitteln die Studien quantifizierte Angaben.

### **C. Instrumente der Integrationspolitik der Schweiz im Vergleich**

1. Längerfristig schneiden, bezogen auf das Wirtschaftswachstum, sowohl eine Annahme der bilateralen Verträge wie ein EU-Beitritt besser ab als ein Verharren im "status quo".
2. Während die bilateralen Verträge vom ersten Jahr an günstig wirken, fällt das Wirtschaftswachstum bei einem EU-Beitritt zu Beginn spürbar unter das Wirtschaftswachstum ohne Integrationsfortschritte zurück.
3. Bei einem normalen Konjunkturverlauf droht allerdings kein Absturz in eine Rezession.
4. Nach 5 bis 10 Jahren erreicht die Wirtschaftsleistung bei einem EU-Beitritt wieder den Wachstumspfad, der ohne Integrationsfortschritte erwartet wird.
5. Ob, und vor allem wann ein höheres Volkseinkommen erreicht wird, wenn man heute, statt die bilateralen Verträge abzuschliessen, der EU beitreten würde, bleibt offen.

### **Folgerungen für die Wirtschaftspolitik**

*Alles spricht aus wirtschaftlicher Sicht dafür, die Integration schrittweise zu vollziehen; d.h. heute die bilateralen Verträge gutzuheissen und daran anschliessend den EU-Beitritt durch gezielte Reformen vorzubereiten, die nicht nur die Anpassungskosten im Beitrittsfall senken, sondern an und für sich die Wirtschaft stärken.*

## II.) Beurteilung der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

“Integration und Arbeitsmarkt: Auswirkungen einer Annäherung der Schweiz an die Europäische Union“,

Thomas Straubhaar<sup>1</sup>,  
Universität der Bundeswehr Hamburg.

### Fazit der Studie:

Die arbeitsmarktlichen Auswirkungen eines EU-Beitritts gehören zu den wesentlichen Konfliktpunkten der europapolitischen Diskussion in der Schweiz. Vor allem die Folgen einer Freizügigkeit der Arbeitskräfte gegenüber EU-Angehörigen liefern Anlass zu Sorge. Eine gegenseitige Öffnung der Arbeitsmärkte und eine reziprok gewährte Personenfreizügigkeit ist jedoch auch und gerade im Interesse der Schweiz. Dieses zentrale Ergebnis ist sowohl für ein bilaterales Abkommen, wie auch für einen EU-Beitritt gültig.

- Weder würde eine starke Einwanderung in die Schweiz ausgelöst, noch wären ein genereller Druck auf das Schweizer Lohnniveau oder ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu befürchten.
- Plausibilitätsüberlegungen lassen eine *Obergrenze* des Einwanderungspotenzials von (netto) jährlich 10'000 EU-Angehörigen vermuten. Eine höhere Wahrscheinlichkeit hat jedoch die Erwartung, dass das Einwanderungspotenzial (netto) weniger als 8000 EU-Angehörigen pro Jahr erreichen dürfte (netto bedeutet Einwanderung minus Rückwanderung).
- *Übergangsfristen* sollten bei den Verhandlungen nicht überbewertet werden. Sie sind *weder notwendig* (da das Einwanderungspotenzial eh gering ist) *noch sinnvoll* (da die Schweiz von einem gemeinsamen Arbeitsmarkt lieber früher als später profitieren sollte).
- Das stärkste Einwanderungspotenzial wäre aus der unmittelbaren *Nachbarschaft* der Schweiz zu erwarten (Deutschland und Frankreich). Diese „*intra-industrielle Migration*“ dürfte aber kaum mehr etwas mit der klassischen Gastarbeiterwanderung von unqualifizierten „Blue collar workers“ zu tun haben. Vielmehr wäre diese Migration eine *grenzüberschreitende Mobilität* innerhalb eines „natürlichen“ Arbeitsmarktes.
- Im Zeitalter der Globalisierung sind offene Arbeitsmärkte wichtiger denn je. Sie erlauben multinationalen Firmen, ihre Stammsitze in die Schweiz zu verlagern,

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Thomas Straubhaar (Tél. und Fax: (0049.40.65) 41.28.50, E-mail: thomas.straubhaar@unibw-hamburg.de), Universität der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85, D-22043 Hamburg.

ihre Arbeitskräfte europaweit zu rekrutieren und auch Schweizer(innen) in Zweigniederlassungen innerhalb der EU problemlos einzusetzen.

- Innergemeinschaftliche Migration dürfte in Zukunft immer öfter eine *innerbetriebliche Mobilität* bedeuten. Europaweit eingesetzte Fach- und Führungskräfte sorgen für einen firmeninternen Transfer von Information und betriebsspezifischem Wissen.
- Im Gegensatz zur populären Annahme, wonach weniger qualifizierte Schweizer Arbeitskräfte durch die EU-Freizügigkeit besonders konkurrenziert würden, zeigt diese Studie, dass es weit eher bis anhin künstlich geschützte, durchaus höher qualifizierte Berufe sind, deren Löhne unmittelbar unter Druck kommen werden.
- Die Zuwanderung höher qualifizierter EU-Angehöriger erleichtert den Strukturwandel. Sie erhöht das Wachstumspotenzial und verbessert die Beschäftigungsmöglichkeiten auch und gerade der weniger qualifizierten (komplementären) Schweizer Arbeitskräfte. Somit sind die Rückwirkungen der EU-Personenfreizügigkeit auf die Schweizer Volkswirtschaft positiv.

### Die Ergebnisse im Überblick Schätzung des Einwanderungspotenzials nach der Schweiz pro Jahr

Von	Deutsch-land	Frank-reich	Öster-reich	Italien	Rest Süd Europa	Rest Nord Europa	Summe EU
<b>Saldo der Wohnbevölkerung 1997</b>	2051	776	-88	-8078	-4646	274	-9711
<b>Tatsächliche Einwanderung 1997</b>	2132	1170	9	-6091	-8324	-44	-11148
<b>Erwartete Einwanderung Szenario 2 <sup>1)</sup></b>	1501	1542	148	351	1093	3267	7902
<b>Erwartete Einwanderung Szenario 1 <sup>2)</sup></b>	2017	1733	168	415	1516	4769	10618

<sup>1)</sup> analog zu EU-Erfahrung, pro Jahr.

<sup>2)</sup> falls Einkommensdifferenzen wichtig sein sollten, pro Jahr.

### **III.) Beurteilung der langfristigen Auswirkungen aufgrund der Gleichgewichtsmodelle**

„Langfristige Auswirkungen der Integration der Schweiz in Europa“

Tobias Müller und Jean-Marie Grether<sup>2</sup>,  
Laboratoire d'économie appliquée, Université de Genève

#### **Ziel**

Dieser Bericht evaluiert die langfristigen Auswirkungen der Integration der Schweiz in die Europäische Union (EU) entweder über bilaterale Verträge oder über einen allfälligen Beitritt. Dabei sollen nicht nur die Auswirkungen der Verwirklichung der „vier Grundfreiheiten“ (freier Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr) deutlich werden, sondern auch die Dimensionen der Integration, die sich darüber hinaus durch die Harmonisierung der Normen und die gegenseitige Anerkennung der Anpassungsverfahren (Beseitigung technischer Handelshemmnisse) ergeben. Der Beitritt zur EU würde auch bedeutende Änderungen in den Bereichen Steuern (Beitrag der Schweiz zum EU-Haushalt und Anhebung der MWSt-Sätze) und Landwirtschaft (Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik) mit sich bringen. Schliesslich würden durch den Übergang zur einheitlichen Währung die Zinssätze in der Schweiz ansteigen.

#### **Verfahren**

Zur Simulation der Auswirkungen dieser Massnahmen verwenden wir ein berechenbares Gleichgewichtsmodell mit drei Regionen (Schweiz, EU, „übrige Welt“) und 26 Branchen, von denen einige sich durch eine unvollständige Konkurrenz zwischen den Unternehmen auszeichnen. Auf diese Weise lassen sich die Auswirkungen der Integration auf die Produktionsfähigkeit und die Struktur der Schweizer Wirtschaft unter Berücksichtigung der komparativen Vorteile, der Verschärfung des Wettbewerbs und der Nutzung von Grössenvorteilen erfassen. Darüber hinaus fördern diese Nutzeffekte die Investitionstätigkeit, was die positiven Auswirkungen der Integration verstärkt. Da die Untersuchung die langfristigen Folgen betrifft, betrachten wir die Situation am Ende des Anpassungsprozesses, wenn die zu erwartenden Änderungen ihre Wirkung gezeitigt haben werden.

---

<sup>2</sup> Dr. Tobias Müller (Tel.: (022)705.82.38, E-mail: [tobias.mueller@metri.unige.ch](mailto:tobias.mueller@metri.unige.ch)) & Dr. Jean-Marie Grether (Tel.: (022)705.74.90, E-mail: [grether@uni2c3.unige.ch](mailto:grether@uni2c3.unige.ch)), Laboratoire d'économie appliquée, Université de Genève, 102, Bvd Carl-Vogt, 1211 Genf 4.

Die Arbeitskräfte werden nach dem Qualifikationsgrad der Arbeitnehmenden unterteilt, um die Schwankungen der Lohnungleichheit zu messen. Für die Schätzung einiger entscheidender Parameter konnte diese Untersuchung von Studien profitieren, die kürzlich von der EU in Auftrag gegeben wurden und in denen die Auswirkungen des Einheitlichen Marktes auf die Länder der EU evaluiert werden (Single Market Review).

## Szenarien

Es werden drei Szenarien zugrunde gelegt:

**BIL :** die bilateralen Verträge, die bedeutende Veränderungen beim Warenverkehr (Beseitigung nicht-tarifärer Hemmnisse zwischen der Schweiz und der EU) und dem freien Personenverkehr mit sich bringen;

**EUB :** der Beitritt ohne Beteiligung an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU), der neben den beiden genannten Bereichen die Integration in den Gemeinsamen Binnenmarkt vertieft, die Schweizer Landwirtschaftspolitik der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unterstellt und einen beträchtlichen Beitrag der Schweiz zum EU-Haushalt beinhaltet;

**EUB+EWU :** der Beitritt mit Beteiligung an der EWU, der darüber hinaus zu einer Erhöhung der Zinssätze in der Schweiz führt.

## Ergebnisse

Die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Simulationen sind in der untenstehenden Tabelle dargestellt. Sie zeigen die Veränderung gegenüber einer gleichbleibenden Situation, bei der man davon ausgeht, dass die Schweiz keine weiteren einseitigen Liberalisierungsmassnahmen verglichen mit der heutigen Situation ergreifen wird.

Die Verwirklichung der **bilateralen Verträge** führt zu einem aggregierten „Wohlfahrtszuwachs“ von rund 1% des BIP. Es handelt sich hierbei um den Anstieg des verfügbaren Einkommens der Haushalte, ausgedrückt in Prozent vom Ausgangs-BIP, der mit einem stärkeren Anstieg des verfügbaren Einkommens (um 1,8%) einhergeht. Die bilateralen Verträge bewirken keine wesentlichen Veränderungen der Produktionsstruktur oder der Einkommensverteilung in der Schweiz. Insbesondere die Ankunft von neuen Zuwanderern hat langfristig keine negativen Auswirkungen auf die Löhne, da sie die Unternehmen veranlasst, ihre Investitionen zu erhöhen.

Der **Beitritt ohne EWU** führt ebenfalls zu einem aggregierten Wohlfahrtszuwachs, und zwar in Höhe von 1,2% des BIP. Es handelt sich hierbei um ein Nettoergebnis, das die negative Auswirkung des Budgettransfers an die EU beinhaltet (der für sich genommen ein Sinken der aggregierten Wohlfahrt um 1,5% des BIP bewirkt). Diese

Abnahme wird durch den Nutzen aufgrund der Vertiefung der Integration bei weitem kompensiert:

- Die Beseitigung der tarifären und nicht-tarifären Hemmnisse verringert die Kosten des Handels zwischen der Schweiz und der EU, verstärkt den Wettbewerb und bringt bedeutende Grössenvorteile in den Branchen mit unvollständiger Konkurrenz mit sich (Zuwachs um 1,3% des BIP).
- Der freie Personenverkehr bewirkt ebenfalls einen Zuwachs (um 0,7% des BIP).
- Auch die Verringerung der Protektion der Landwirtschaft führt zu einem Wohlfahrtszuwachs (um 0,6-1,0% des BIP).

Verglichen mit den bilateralen Verträgen gehen die strukturellen Veränderungen im Falle des Beitritts tiefer (vor allem im Agrarsektor) und die Einkommensverteilung wird tendenziell etwas ungleicher (die Sparerträge steigen, während die Löhne stagnieren oder sogar sinken, besonders bei den am wenigsten qualifizierten Arbeitnehmenden).

Kommt zum Beitritt die **EWU** hinzu, steigt der Wohlfahrtszuwachs auf 2,5% des BIP an. Diese Schätzung ist jedoch mit Vorsicht zu betrachten, da dieses Gebiet noch wenig untersucht ist. Sie gibt vor allem die Auswirkung des Anstiegs der Zinssätze in der Schweiz wieder, der zugleich die Inlandsinvestitionen verringert, die Ersparnis und damit das Auslands-Nettovermögen der Schweiz jedoch erhöht. Die positive Entwicklung des verfügbaren Einkommens ist also im Wesentlichen auf die Erhöhung des Volkseinkommens zurückzuführen. Die Einkommensungleichheiten nehmen zu, da die Kapitalerträge steigen und die Löhne sinken (in diesem Fall sind es jedoch die am höchsten qualifizierten Arbeitnehmenden, die am stärksten betroffen sind).

## Aggregierte Ergebnisse – Beitritt und bilaterale Verträge<sup>1</sup>

	BIL <sup>2</sup>	EUB <sup>2</sup>	EUB+EWU <sup>2</sup>
BIP	2,0	2,9	2,2
BSP	2,2	3,3	3,8
BIP pro Kopf	0,6	1,5	0,8
Wohlfahrt der Bürger (in % des BIP)	1,0	1,2	2,5
verfügbares Einkommen (pro Kopf)	1,8	2,1	4,6
privater Konsum	3,2	3,9	6,4
Investitionen	2,4	1,4	-1,5
gesamte Exporte	0,7	8,3	3,8
Exporte in die EU	1,7	14,5	12,2
Exporte in die übrige Welt	-1,0	-1,7	-9,9
gesamte Importe	1,8	7,9	8,3
Importe aus der EU	2,2	15,5	15,9
Importe aus der übrigen Welt	0,0	-22,2	-21,7
Kapitalbestand	2,0	1,0	-2,1
Angebot auf dem Arbeitsmarkt	1,4	1,4	1,4
Kapitalkosten	-0,1	0,0	4,0
durchschnittlicher Reallohn	0,5	-0,3	-2,8
Reallohn – Akademiker	0,8	0,2	-4,0
Reallohn – höhere Ausbildung	0,5	0,1	-2,6
Reallohn – Lehrberufe	0,5	-0,5	-2,3
Reallohn – Schulpflicht	0,5	-1,4	-2,5

<sup>1</sup> Die Ergebnisse sind in prozentualer Veränderung gegenüber dem Status quo ausgedrückt. Ausnahme: der Wohlfahrtsindikator, dessen Veränderung in % des Ausgangs-BIP angegeben ist.

<sup>2</sup> BIL: bilaterale Verträge

EUB: Beitritt zur EU (ohne Währungsunion)

EUB+EWU: Beitritt zur EU (mit Währungsunion)

# „EU-Integration der Schweiz - wirtschaftliche Auswirkungen“

André Müller und Renger van Niewkoop<sup>3</sup>,  
ECOPLAN, Bern:

## Das Wichtigste in Kürze:

Das Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit hat ECOPLAN beauftragt, **die langfristigen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eines „EU-Beitritts“ und der „bilateralen Abkommen“ mit der EU** mit Hilfe des berechenbaren Gleichgewichtsmodells MULTISWISS zu berechnen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen der „bilateralen Abkommen“ und eines „EU-Beitritts“ auf die wichtigsten aggregierten Wirtschaftsgrössen. Dabei ist zu beachten, dass langfristig positive Auswirkungen nicht ausschliessen, dass kurz- und mittelfristige Anpassungskosten mit negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft auftreten können. Die Prozentzahlen zeigen die Abweichungen zum Szenario „Status Quo“ - also zum Alleingang.

## Auswirkungen auf aggregierte Wirtschaftsgrössen im Vergleich zum Alleingang

	"bilaterale Abkommen" reale Grössen	"EU-Beitritt" reale Grössen
Wohlfart	0.5%	1.0%
BIP pro Kopf	0.6%	3.0%
Beschäftigungsvolumen*)	+ 10000 Arbeitsplätze	+ 55'000 Arbeitsplätze
Warenexporte Total	2.9%	15.7%
Warenimporte Total	2.0%	9.8%
Reallohn	0.4%	-1.1%

\*) nach Abzug der durch die Einwanderer besetzten Arbeitsplätze

Die langfristigen **Wohlfahrtseffekte** der „bilateralen Abkommen“ und des „EU-Beitritts“ (vgl. auch die nachfolgende Grafik):

- *Die „bilateralen Abkommen“ führen im Vergleich zum Alleingang zu einer Zunahme der Wohlfahrt um 0.5%.*

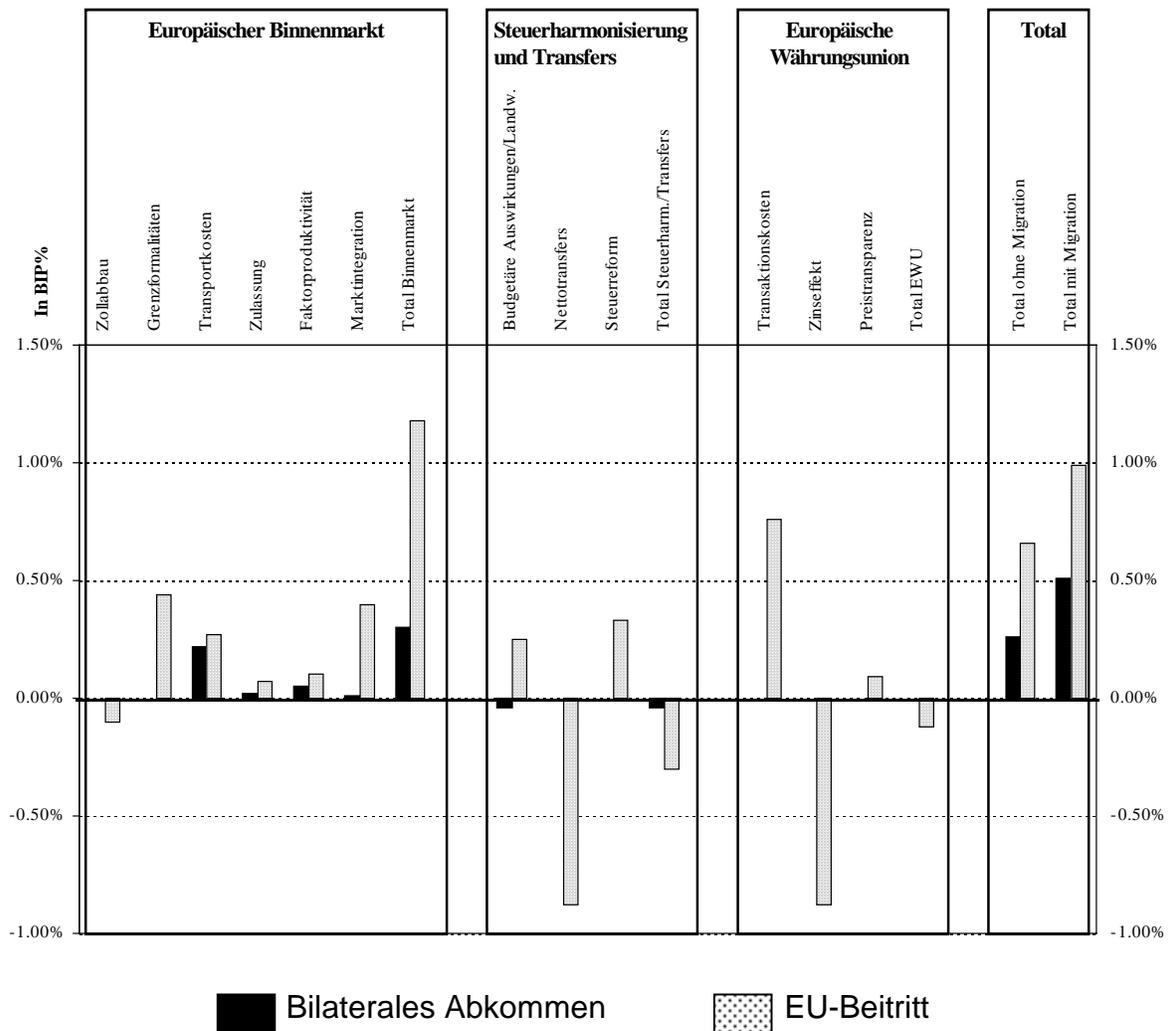
Dafür sind vor allem der freie Personenverkehr und die erzielbaren Produktivitätseffekte im Schwerverkehr durch die Anhebung der 28t-Limite auf 40t verantwortlich.

<sup>3</sup> Dr. André Müller & Mr. Renger van Niewkoop (Tél.: (031)356.61.61, Fax: (031)356.61.60, E-mail: bern@ecoplan.ch), ECOPLAN, Thunstrasse 22, 3005 Bern.

- Der „EU-Beitritt“ ist langfristig aus wirtschaftlicher Sicht positiver zu beurteilen als die „bilateralen Abkommen“ - dies trotz beträchtlichen Nettotransfers von der Schweiz an die EU.

Mit einem „EU-Beitritt“ kann die Wohlfahrt im Vergleich zum Alleingang um 1 % und im Vergleich zu den „bilateralen Abkommen“ um 0.5% gesteigert werden. Der Grund für die relativ moderate Zunahme der Wohlfahrt liegt dann, dass die Schweiz auch ohne „bilaterale Abkommen“ und „EU-Beitritt“ schon vom bestehenden Binnenmarkt indirekt profitieren kann.

### Wohlfahrtseffekte in BIP% (BIP% pro Kopf)



- Die zusätzlichen Vorteile eines „EU-Beitritts“ im Vergleich zu den „bilateralen Abkommen“ liegen in der Abschaffung der Grenzformalitäten, der besseren Marktintegration (verstärkter Wettbewerb ausgelöst durch die Nachfrageseite, Ausnutzung von Skaleneffekten) und der Öffnung des Agrarmarkts.

Weiter führt der Beitritt zur Währungsunion zu erhöhter Preistransparenz und damit zu mehr Wettbewerb sowie zu Kosteneinsparungen bei den Devisentransaktionen und Wechselkursabsicherungen.

Die Nachteile liegen in erster Linie in den von der Schweiz an die EU zu leistenden Nettotransfers und dem Anstieg des schweizerischen Zinsniveaus, was den Produktionsfaktor Kapital verteuert und zu erhöhten Zinskosten beim Staat führt.

- *Bei einem „EU-Beitritt“ bietet die Erhöhung der MWST auf 15% eine Chance zur Optimierung des schweizerischen Steuersystems.*

Wichtig ist dabei die Frage, wie die Überschusseinnahmen aus der Erhöhung der MWST verwendet werden. Möglichst positive Wohlfahrtswirkungen sind zu erwarten, wenn die Überschusseinnahmen aus der MWST für eine Senkung von anderen Steuern (z.B. Senkung der direkten Steuern) eingesetzt werden. Würde die Kompensation der MWST-Überschusseinnahmen neutral an die Haushalte erfolgen, also ohne Senkung von direkten Steuern, so würde sich der Wohlfahrtsgewinn um 0.8% verringern. Die Schweiz hat somit einen beträchtlichen politischen Handlungsspielraum, die Wohlfahrtswirkungen bei einem „EU-Beitritt“ positiv zu beeinflussen.

Die langfristigen **strukturellen Effekte** der „bilateralen Abkommen“ und des „EU-Beitritts“ lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- *Die „bilateralen Abkommen“ führen zu einer moderaten Zunahme der Inlandproduktion in den meisten Wirtschaftssektoren.*

Ausgesprochene Gewinner- und vor allem Verliererbranchen gibt es im Rahmen der „bilateralen Abkommen“ nicht - ein Strukturwandel zeichnet sich nicht ab.

- *Ein „EU-Beitritt“ hat - im Gegensatz zu den „bilateralen Abkommen“ - einen **Strukturwandel** zur Folge,*

Im Falle eines „EU-Beitritts“ gehören die Landwirtschaft, die Nahrungsmittel- und Getränkehersteller zu den Verlierern. Gewinner sind die Chemie, Textil-, Maschinen-, Fahrzeuge-, Elektronik- und Metallbranche. Der „EU-Beitritt“ verstärkt in vielen Industriebranchen den Konzentrationsprozess. Wegen des grösseren **Marktes** nimmt die Marktmacht der Betriebe trotz verstärkter Konzentration nicht zu.

- *Bei einem „EU-Beitritt“ wird sich der Schweizer **Handel** vermehrt auf die EU konzentrieren - dies auf Kosten der Nicht-EU-Länder.*

Im Falle eines „EU-Beitritts“ wachsen Warenimporte und -exporte stärker als das BIP - der Handel gewinnt an Bedeutung. Daneben ist aber auch eine deutliche Handelsumlenkung zu Gunsten der EU auszumachen. Die Schweiz wird sich auf Kosten der Nicht-EU-Länder vermehrt auf die EU konzentrieren. Diese Konzentration auf die EU gilt - in abgeschwächter Masse - auch für die „bilateralen Abkommen“. Im Vergleich zu einem „EU-Beitritt“ ist aber bei den bilateralen Abkommen die Zunahme des Handels bedeutend geringer.

- Die „bilateralen Abkommen“ führen trotz freiem Personenverkehr nicht zu einer Abnahme der **Reallöhne**. Bei einem „EU-Beitritt“ muss eine Reallohnneinbusse von 1 % in Kauf genommen werden.
- Der „EU-Beitritt“ und die „bilateralen Abkommen“ führen zu mehr **Beschäftigung**.

Nach Abzug der durch die Einwanderer besetzten Arbeitsplätze dürften im Falle eines „EU-Beitritts“ rund 55'000 Stellen und bei den bilateralen Abkommen“ knapp 10'000 Arbeitsplätze in der Schweiz neu geschaffen werden. Diese Zunahme der Beschäftigung wird langfristig zu einer leichten Entspannung am Arbeitsmarkt führen, die Arbeitslosigkeit dürfte somit tendenziell leicht zurückgehen.

- Von den „bilateralen Abkommen“ und vom „EU-Beitritt“ profitieren sowohl die Schweiz als auch die EU.

*Pro Kopf* profitiert die Schweiz von einem „EU-Beitritt“ deutlich mehr als die EU-Bevölkerung. *In Mrd. Fr.* profitiert die EU mit einem Wohlfahrtsgewinn von rund 9 Mrd. Fr. mehr als doppelt so viel wie die Schweiz. Die Gründe liegen darin, dass die EU-Länder neben den schweizerischen Nettotransfers von über 3 Mrd. Fr. zusätzlich von der Vergrößerung des Binnenmarkts profitieren.

## IV.) Beurteilung der kurzfristigen Auswirkungen aufgrund der makroökonomischen Strukturmodelle

„Makroökonomische Auswirkungen eines EU-Beitritts der Schweiz“

Jürg Bärlocher, Bernd Schips und Peter Stalder<sup>4</sup>,  
Konjunkturforschungsstelle, ETHZ, Zürich.

### Fazit der Studie:

In dieser Untersuchung werden die kurz- bis mittelfristigen Auswirkungen eines EU-Beitritts der Schweiz anhand des ökonometrischen Makromodells der KOF/ETH abgeschätzt. Als Vergleichsszenarien dienen die mutmassliche Entwicklung der Schweizer Wirtschaft unter den Bedingungen des Status quo bzw. der bilateralen Abkommen bis zum Jahr 2010. In den Modellsimulationen wird unterstellt, dass der EU-Beitritt wie eine Inkraftsetzung der bilateralen Abkommen im Jahre 2002 erfolgt.

Das Szenario **Bilaterale Abkommen** unterscheidet sich in der Modellsimulation vom *Status quo* durch die Annahme der **Freizügigkeit im Personenverkehr** und **Effizienzgewinne** (gegenseitige Anerkennung von Prüfberichten und Zertifikaten, Wegfall des Administrationsaufwands für die Erteilung von Arbeitsbewilligungen). Die Effizienzgewinne sind nicht modellendogen bestimmt, sondern als exogene Produktivitätssteigerung vorgegeben.

Im Szenario **EU-Beitritt** kommen **einerseits** verschiedene fiskalische und monetäre Elemente hinzu, die sich im Sinne von Anpassungskosten kurzfristig wachstumshemmend auswirken:

- Die Schweiz hat einen beträchtlichen **Mitteltransfer an die EU** zu leisten (ca. 0.9% des BIP). Zudem muss der **Mehrwertsteuersatz** mit einer gewissen Übergangsfrist auf das EU-Mindestniveau von 15% angehoben werden.
- Verbunden mit einer EU-Mitgliedschaft ist ein Beitritt zur **Währungsunion**. Dem längerfristigen Vorteil des fixierten Wechselkurses stehen die Negativwirkungen der raschen **Angleichung der schweizerischen Zinsen** an das höhere Euro-Niveau gegenüber. Die Zinsangleichung setzt ein, sobald der EU-Beitritt von den Wirtschaftssubjekten erwartet wird.

**Andererseits** entfallen mit dem EU-Beitritt Grenzkontrollen und Ursprungsnachweise. Weiter führt die vollständige Integration in grössere Märkte zu einer Intensivierung

---

<sup>4</sup> Prof. Dr. Bernd Schips (E-mail: [schips@kof.reok.ethz.ch](mailto:schips@kof.reok.ethz.ch)) , Dr. Peter Stalder (E-mail: [stalder@kof.reok.ethz.ch](mailto:stalder@kof.reok.ethz.ch)) & Dr. Jürg Bärlocher (E-mail: [barlocher@kof.reok.ethz.ch](mailto:barlocher@kof.reok.ethz.ch)), Konjunkturforschungsstelle (Tél.: (01)632.42.39, Fax: (01)632.1234), ETH-Zentrum, Weibergstrasse 35, 8092 Zürich.

des Wettbewerbs. Diese Faktoren finden in der Simulation des EU-Beitritts dadurch Berücksichtigung, indem gegenüber dem Szenario "Bilaterale Abkommen" **höhere Effizienzgewinne** unterstellt werden.

Vergleicht man die Szenarien **Status quo, Bilaterale Abkommen und EU-Beitritt** hinsichtlich des Pro-Kopf-BIP und des Pro-Kopf-Konsums, so ergibt sich folgendes Bild:

- In bezug auf das **Pro-Kopf-BIP** schneidet das Szenario „EU-Beitritt“ - nach der Überwindung der anfänglichen Anpassungsprobleme - im Jahr 2010 mit einem Zuwachs gegenüber dem "Status quo" von 3.1% am besten ab. Gegenüber dem Szenario "Bilaterale Abkommen" ist der Unterschied mit 1.1 %, aber nicht sehr gross und fast zur Hälfte auf die höheren modellexogenen Effizienzgewinne zurückzuführen. Bei den übrigen Beitrittselementen wird der kurzfristige Negativeffekt der höheren Zinsen und des mehrwertsteuerfinanzierten Nettotransfers an die EU gegen Ende des Simulationszeitraums von der positiven Wirkung der Wechselkursstabilisierung leicht dominiert.
- Demgegenüber schneidet das Szenario "EU-Beitritt" hinsichtlich des **Pro-Kopf-Konsums** vergleichsweise ungünstig ab. Der Hauptgrund dafür liegt in der einkommensschmälernden Wirkung der zur Finanzierung des Mitteltransfers an die EU erhöhten Mehrwertsteuer. Der maximale Verlust im Vergleich zu den Szenarien "Bilaterale Abkommen" und "Status quo" beträgt 4.1% bzw. 4.3%. Gegen Ende der Simulationsperiode wird diese zwar Konsumeinbusse teilweise wieder wettgemacht, es verbleibt aber auch im Jahre 2010 noch eine Negativdifferenz von 1.9% gegenüber dem "Status quo" bzw. 1.5% gegenüber dem Szenario "Bilaterale Abkommen".

Betrachtet man die verschiedenen Beitrittselemente einzeln, so ergibt sich die folgende Einschätzung.

- **Personenfreizügigkeit:** Die Wirkung auf den Arbeitsmarkt ist insgesamt positiv zu beurteilen. Die Arbeitslosenquote wird - nach einer kurzfristig ganz leichten Erhöhung - bis zum Jahr 2010 um gut 0.3 Prozentpunkte gesenkt. Dieser Effekt geht auf den durch die Möglichkeit des Rückgriffs auf EU-Arbeitskräfte verringerten strukturellen "Mismatch" zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage und die dadurch ermöglichte Produktionsausweitung zurück. Andererseits wird die Reallohnentwicklung der Arbeitskräfte, die im "Status quo" lohnmassig von Personalengpässen profitieren, durch die Personenfreizügigkeit negativ beeinflusst.
- **Effizienzgewinne:** Die Wirkungen auf das BIP, den Konsum und die Exporte sind positiv.
- **Monetäre Anpassungen bei einem EU-Beitritt:** Die Zinsangleichung an das höhere Euro-Niveau dämpft die Wirtschaftsaktivität. Andererseits profitiert die Schweizer Wirtschaft im Beitrittsfall von der Stabilisierung des Frankenkurses im EWS bzw. dem Eintritt des Frankens in die Währungsunion. Der Nettoeffekt dieser Veränderungen im monetären Umfeld ist kurzfristig negativ, wird aber gegen Ende des Simulationszeitraums positiv.

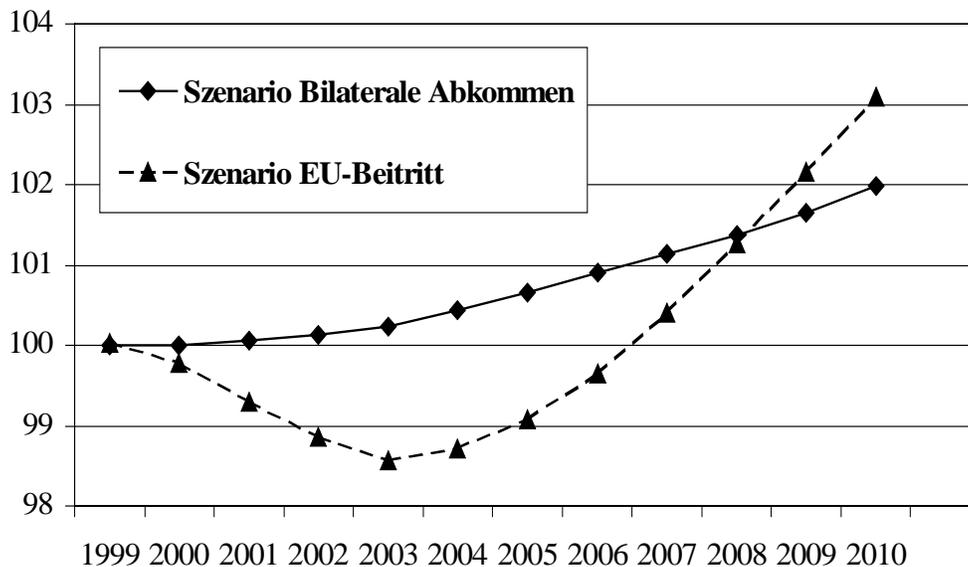
- **Fiskalische Anpassungen bei einem EU-Beitritt:** Der durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzierte Nettomitteltransfer an die EU geht mit einer beträchtlichen Kaufkraftabschöpfung bei den privaten Haushalten einher. Daraus resultieren - im Sinne eines negativen Fiskalimpulses - stark negative Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaftsaktivität. Sie lassen zwar mit der Zeit nach, schlagen aber insbesondere beim privaten Konsum auch im Jahr 2010 noch deutlich negativ zu Buche. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass in den Modellsimulationen der EU-Beitritt in einer konjunkturellen Normalsituation stattfindet. Die wirtschaftspolitische Beurteilung des negativen Fiskalimpulses hängt aber natürlich stark von der tatsächlich herrschenden Konjunktursituation ab. Falls sich die Schweiz zum Zeitpunkt des Beitritts in einer konjunkturellen Flaute befindet, wäre es für die Schweiz besonders wichtig, dass ihr von der EU bezüglich der Erhöhung der Mehrwertsteuer eine lange Übergangsfrist zugestanden wird.

Fügt man all diese Effekte zu einem **Gesamtbild** zusammen, so ergibt sich der Schluss, dass ein EU-Beitritt - rein ökonomisch betrachtet - dem Szenario „Bilaterale Abkommen“ nicht eindeutig vorzuziehen ist. Zehn Jahre nach dem Beitritt könnte zwar mit einem etwas höheren *BIP* gerechnet werden. Der als Wohlstandsindikator relevantere **Pro-Kopf-Konsum** würde aber auch dann noch tiefer liegen als im Szenario "Bilaterale Abkommen". In der Phase bis vier Jahre nach dem Beitritt wäre auch beim *BIP* mit einer deutlich ungünstigeren Entwicklung zu rechnen. Die Schweiz wäre also mit spürbaren **Anpassungsproblemen** konfrontiert. Die in dieser Untersuchung durchgeführten Modellsimulationen führen allerdings zum Ergebnis, dass diese Anpassungskosten nicht prohibitiv hoch sind und ungefähr acht Jahre nach dem Beitritt tendenziell überwunden werden. Verlängert man die Modellrechnung über den vom Auftraggeber vorgeschlagenen Simulationshorizont hinaus, so verstärken sich die positiven Auswirkungen eines EU-Beitritts.

## Graphiken

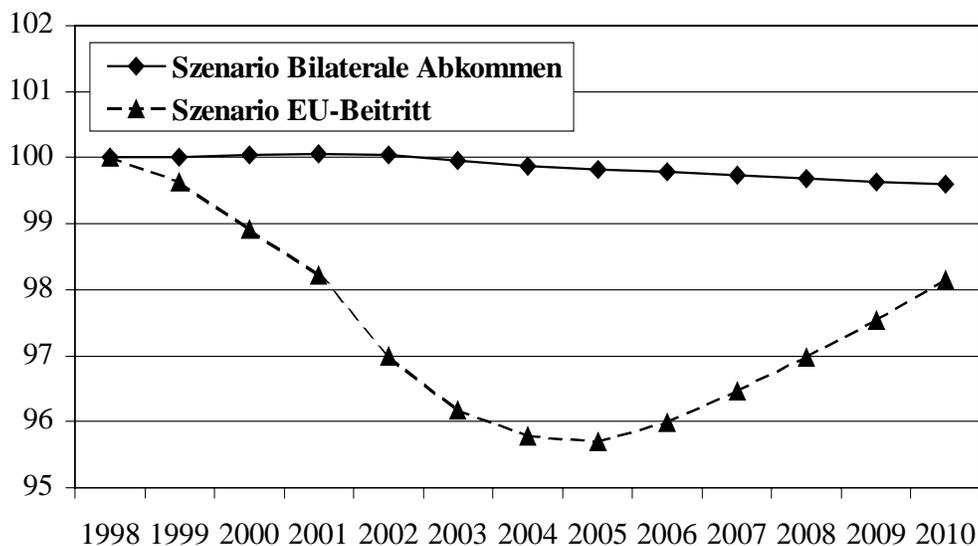
### Bruttoinlandprodukt pro Kopf

(Abweichung vom Szenario Status quo in %)



### Privater Konsum pro Kopf

(Abweichung vom Szenario Status quo in %)



# „Alternative EU-Integrations-szenarien der Schweiz, wirtschaftliche Auswirkungen gemäss dem BAK-Makromodell“

Stephan Vaterlaus, Margit Himmel,  
Christoph Koellreuter und Banu Simmons-Süer<sup>5</sup>,  
BAK Konjunkturforschung Basel AG, Basel.

## EXECUTIVE SUMMARY:

### Untersuchungsmethode und Ausgangslage

- **Untersuchungsgegenstand:** Ziel der vorliegenden Begleitstudie der BAK Konjunkturforschung Basel AG zum Integrationsbericht 1999 war die Quantifizierung der wirtschaftlichen Auswirkungen von alternativen Integrationsoptionen anhand verschiedener makroökonomischer Grössen. Im Vordergrund stand dabei der kurzfristige Anpassungsprozess der Schweizer Volkswirtschaft bis zum Jahr 2010. Untersucht wurden einerseits der Abschluss der bilateralen Verhandlungen sowie ein EU-Beitritt.
- **Untersuchungsmethode:** Die Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Szenarien erfolgte dabei mit dem makroökonomischen Gesamtmodell der BAK. Aufgrund der fehlenden historischen Erfahrung mussten für verschiedene mit der jeweiligen EU-Option verbundenen Änderungen der Rahmenbedingungen Annahmen getroffen werden, namentlich für die Höhe des Nettotransfers, die Art der Mehrwertsteuererhöhung sowie die mit dem Beitritt zur Währungsunion verbundenen Effekte auf Wechselkurs und Zinsen.
- **Ausgangslage:** Sowohl die schweizerische Konjunktur als auch die Wirtschaftslage in Europa zeichnet sich im Basisszenario durch einen störungsfreien Verlauf zwischen den Jahren 1999 und 2010 aus. Um die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen zu lösen, wurde von den Auftraggebern beschlossen, bereits im Basisszenario (Entwicklung ohne EU-Integration) eine schrittweise Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von derzeit 7.5% auf 10% im Jahre 2005 zu unterstellen. Die bei einem EU-Beitritt notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer beträgt damit 7.5%.

### Veränderung der Rahmenbedingungen

- **Effizienzgewinne:** Aufgrund der wegfallenden Marktzutrittsbarrieren, erhöhter Transparenz und gesteigerten Konkurrenzdrucks kann die Schweiz dank der Integration in Europa volkswirtschaftliche Produktivitätsfortschritte erwarten. Die Quantifizierung dieser Effekte ist methodisch äusserst schwierig. Im BAK-Modell fliessen sie wie exogene Variablen ein und wurden in der vorliegenden

---

<sup>5</sup> BAK Konjunkturforschung Basel AG (Tél.: (061)279.97.00, Fax: (061)279.97.28, E-mail: [bak@bakbasel.ch](mailto:bak@bakbasel.ch)), Postfach, 4002 Basel.

Untersuchung von den Auftraggebern mit 3% des Produktionspotentials (bilaterale Verhandlungen) verteilt auf 10 Jahre respektive 5% des Produktionspotentials (EU-Beitritt) verteilt auf 8 Jahre (Beitritt ohne Übergangsfristen) respektive 10 Jahre (Beitritt mit Übergangsfristen) vorgegeben. Dabei wurde nicht analysiert, in welchem Ausmass diese Effizienzgewinne auch durch eine autonome Öffnung und Liberalisierung abgeschotteter Binnenmärkte erzielt werden könnten - unabhängig von der jeweiligen europapolitischen Option. Die gleichmässige Verteilung der Effizienzgewinne auf mehrere Jahre hat zur Folge, dass ein Teil der positiven Effekte auf das reale Bruttoinlandsprodukt im BAK-Modell erst nach Ablauf der Simulationsperiode anfällt.

- **Fiskalische Rahmenbedingungen:** Bei einem EU-Beitritt muss die Schweiz einen Netto-transfer an die EU zahlen, welcher von den Auftraggebern auf rund 4 Milliarden geschätzt wurde (ca. 1 % des nominellen BIP pro Jahr). Finanziert wird dieser Nettotransfer durch die bei einem EU-Beitritt notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15%. Die über die Nettotransferzahlung hinausgehenden Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung werden gemäss Vorgaben der Auftraggeber in Form einer Reduktion der direkten kantonalen Steuern der Haushalte an die privaten Haushalte zurückerstattet.
- **Monetäre Rahmenbedingungen:** Mit einem EU-Beitritt wäre auch die Mitgliedschaft der Schweiz in der europäischen Währungsunion verbunden. Dies bedeutet, dass einerseits der Franken im Euro aufgehen würde und somit die Schweizerische Nationalbank keine eigenständige Geldpolitik mehr betreiben könnte und dass Zinsniveau in der Schweiz auf das europäische Niveau steigen würde.

## Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum

### EU-Beitritt

- **Binnennachfrage:** Der durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzierte Nettomitteltransfer an die EU wirkt sich über eine reduzierte Kaufkraft negativ auf die Entwicklung der Konsumausgaben aus. Obwohl die Rückerstattung der zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen über die Reduktion der direkten Kantonssteuern kurzfristig einen positiven Effekt auf das verfügbare Einkommen und den Konsum hat, liegen die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte zeitweise über -3 % unter dem entsprechenden Wert des Basisszenarios und auch am Ende der Simulationsperiode kann dieser Wert noch nicht erreicht werden. Der negative Konsumeffekt resultiert aus rückläufigen Reallöhnen. Auf dem Arbeitsmarkt ist mit **der Verschlechterung** der wirtschaftlichen Situation eine Zunahme der Arbeitslosigkeit verbunden. Die Investitionen leiden kurzfristig sehr stark unter den erhöhten Realzinsen. Aufgrund dessen, dass gemäss dem BAK-Modell keine vollständige Überwälzung der Mehrwertsteuererhöhung auf die Konsumenten möglich ist, bleiben sowohl die Unternehmensgewinne als auch die Investitionen langfristig unter dem Wert des Basisszenarios.
- **Aussenhandel:** Am stärksten von einem EU-Beitritt profitiert der Aussenhandel. Die sinkenden Exportpreise sowie das Ausbleiben von

Wechselkursschwankungen stimuliert den Export von Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz.

- **Bruttoinlandsprodukt:** Das Wirtschaftswachstum in der Schweiz wird nach einem EU-Beitritt für einige Jahre hinter dem entsprechenden Wachstum des Basisszenarios zurückbleiben. Das reale Bruttoinlandsprodukt im Beitrittsfall liegt dabei maximal -1.8% unter dem Niveau des Basisszenarios. Die stärksten negativen Auswirkungen treten vier Jahre nach dem Beitritt auf. In der Folge mildern sich einerseits die negativen Wirkungen der fiskalischen Anpassungen und schlagen sich andererseits die Effizienzgewinne positiv auf die Wirtschaftsentwicklung nieder. Obwohl das aufgrund der Effizienzgewinne erhöhte Produktionspotential während der Simulationsperiode nicht erreicht werden kann, was primär auf die relativ träge Anpassung von Löhnen und Preisen zurückzuführen ist, liegt das Bruttoinlandsprodukt am Ende der Simulationsphase im Beitrittsfall über dem entsprechenden Wert des Basisszenarios (+ 0.8 %). Der relativ bescheidene Effekt im Jahre 2010 hängt nicht zuletzt mit der zeitlichen Vorgabe der Effizienzgewinne und der Nicht-Berücksichtigung von Immigrationeffekten zusammen. Würden beim Beitritt zur Währungsunion sowie der Mehrwertsteuererhöhung Übergangsfristen ausgehandelt, so würden die kurzfristigen negativen Auswirkungen des EU-Beitritts weniger stark ausfallen, dafür länger andauern.

### **Bilaterale Verhandlungen**

- **Wirtschaftswachstum:** Bei den bilateralen Verhandlungen wurden keine negativen fiskalischen Effekte berücksichtigt und sieht sich die Volkswirtschaft langfristig keiner Realzinserhöhung gegenüber. Dafür bleibt das Wechselkursrisiko bestehen und die Effizienzgewinne wurden niedriger veranschlagt. Insgesamt kann beim Szenario „Bilaterale Verhandlung“ von Beginn an mit einer im Vergleich zum „Status quo“ günstigeren Wirtschaftsentwicklung gerechnet werden. Am Ende der Simulationsperiode liegt das reale BIP 1 % über dem Wert des Basisszenarios.

### **Sensitivität der Ergebnisse**

- Die Art der **Finanzierung der Nettotransfers** wirkt sich im Modell vor allem kurz- und mittelfristig aus. Langfristig bleibt die Wirkung neutral. Die Modellergebnisse haben sich bezüglich dieser Annahme als relativ robust erwiesen. Bei der Höhe der Nettotransfers sind jedoch auch langfristige Effekte bezogen auf das verfügbare Einkommen der Volkswirtschaft (Nettosozialprodukt zu Marktpreisen + Saldo der Übertragungen an das Ausland) zu registrieren.
- Die **Wahl des Wechselkurses** spielt im Modell vor allem mittelfristig eine wichtige Rolle und kann das Ergebnis stark verändern. Kurzfristig dagegen reagiert die Volkswirtschaft nicht allzu stark auf einen veränderten Wechselkurs und langfristig ist sogar mit einem Auslaufen der Effekte zu rechnen.

- Ein dauerhafter **Verlust des Zinsbonus** zeigt vor allem im EU-Beitrittsfall auch langfristige Auswirkungen, weil keine autonome schweizerische Geldpolitik mehr möglich ist. Dies hat Auswirkungen auf den Kapitalstock und somit auf das Potentialwachstum, weshalb auch die langfristigen Wachstumsmöglichkeiten der schweizerischen Volkswirtschaft tangiert werden.
- Die **Effizienzgewinne** können im Modell nicht endogen ermittelt werden, weshalb sie durch eine Veränderung des Produktionspotentials vorgegeben werden. Die Effekte auf das Wirtschaftswachstum stellen sich erst mittelfristig ein, durch die Erhöhung des Produktionspotentials bleiben jedoch permanente Effekte bestehen. Die Ergebnisse reagieren mittel- bis langfristig sehr sensitiv auf eine Veränderung dieser Annahmen.

Bedeutung der getroffenen Annahmen für das BIP	Kurzfristig	Mittelfristig	Langfristig
<b>Höhe der Nettotransfers</b>	*	*	*1.) / 0 2.)
<b>Finanzierung der Nettotransfers</b>	*	*	0
<b>CHF/Euro Kurs</b>	*	**	0
<b>Zinsbonus (Bonität)</b>	*	*	*
<b>Effizienzgewinne</b>	0	*	*

0 = praktisch keine Ergebnisbeeinflussung

\* = schwache Ergebnisbeeinflussung

\*\* = starke Ergebnisbeeinflussung

1.) Bezogen auf das reale verfügbare Einkommen der Volkswirtschaft

2.) Bezogen auf das reale BIP

## Fazit der Studie

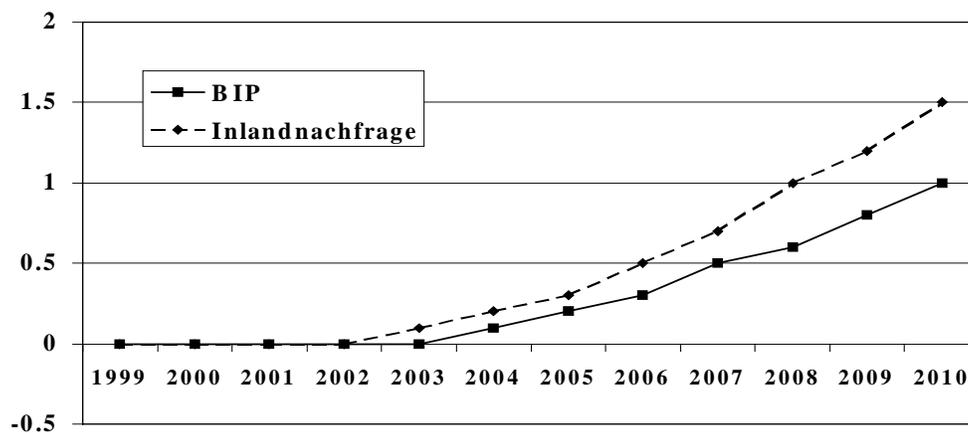
*Aufgrund der BAK-Modellrechnungen ist der EU-Beitritt dem Szenario „Bilaterale Verhandlungen“ aufgrund der rein ökonomischen Betrachtungsweise nicht zwingend vorzuziehen. Kurzfristig sieht sich die Schweiz bei einem EU-Beitritt mit Anpassungskosten konfrontiert. Der über die Mehrwertsteuererhöhung finanzierte Nettotransfer an die EU reduziert die inländische Kaufkraft und der Beitritt zur Währungsunion ist mit einem Zinsanstieg verbunden. Aufgrund der zu erwartenden und in dieser Untersuchung exogen definierten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgewinne können diese Anpassungskosten auch beim EU-Beitritt im Verlaufe der Simulationsperiode überwunden werden. Im Jahre **2010 liegt das Bruttoinlandsprodukt sowohl beim EU-Beitritt als auch beim Szenario „Bilaterale Verhandlungen“ über dem entsprechenden Wert des Basisszenarios.** Ausgehandelte Übergangsfristen beim EU-Beitritt würden zwar die Anpassungskosten dämpfen, für die Überwindung dieser Kosten ist aber auf der anderen Seite eine längere Frist zu veranschlagen. Der langfristige Nettoeffekt*

zwischen dem Szenario EU-Beitritt und „Bilaterale Verhandlungen“ hängt im BAK-Modell vor allem von der unterschiedlichen Höhe der Wahl der Effizienzgewinne sowie den erwarteten langfristigen Effekte des Beitritts zur Währungsunion ab. Wirken sich die Effizienzgewinne langfristig positiv auf die Wirtschaftsentwicklung aus, so ist die Beurteilung der langfristigen Wirkung der Währungsunion kontrovers. Der höhere Realzins wird die Kapitalbildung kürzer- wie längerfristig im Vergleich zu den Nicht-EU-Szenarien negativ beeinflussen. Umgekehrt führt die tiefere Lohn-/Zinsrelation zu einem verstärkten Einsatz des Faktors Arbeit. Aufgrund dessen, dass im BAK-Modell der Zinseffekt dominiert, wirkt sich der Beitritt zur Währungsunion leicht negativ aus,

## Effekte auf Inlandsnachfrage und BIP in den einzelnen Szenarien

### Bilaterale Verhandlungen

Prozentuale Abweichung vom Referenzszenario



### EU-Beitritt ohne Übergangsfristen

Prozentuale Abweichung vom Referenzszenario

